

Stadt Schorndorf

Niederschrift über die Verhandlung des Gemeinderates

öffentlich

vom 21. Juli 2020

Beginn: 17:01 Uhr

Ende: 19:40 Uhr

Zur Beurkundung:

Oberbürgermeister: Stadträte/innen: Stadträte/innen: Schriftführerin:

Normalzahl: 33

Anwesend:

Vorsitzender

OB Klopfer, Matthias

Stimmberechtigte Mitglieder

Stadtrat Bantel, Manfred
Stadtrat Beutel, Hermann
Stadträtin Brennenstuhl, Sabine
Stadtrat Bußler, Ulrich
Stadträtin Dobler, Johanna-Maria
Stadtrat Erdmann, Jürgen
Stadträtin Greiner, Iris
Stadtrat Haise, Lars
Stadtrat Junginger, Gerald
Stadträtin Katz, Kirsten
Stadtrat Dr. Klinger, Max
Stadtrat Kost, Ulrich
Stadträtin Köstlin, Friederike
Stadtrat Kühnert, Marcel
Stadträtin Lamm, Sissy
Stadtrat Laslo, Franz
Stadtrat Leiter, Thorsten
Stadträtin Müller, Miriam
Stadtrat Neher, Werner
Stadtrat Nickel, Gerhard
Stadträtin Olbrich, Silke
Stadträtin Rapp, Heidi
Stadträtin Reichle, Sabine

Stadtrat Schaal, Thomas
Stadtrat Dr. Schäfer, Jochen
Stadtrat Schneider, Andreas
Stadtrat Schopf, Tim
Stadtrat Schwan, Peter
Stadträtin Sieber, Andrea
Stadträtin Wolz, Silvia

ab 17:11 Uhr

Beigeordnete

EBM Hemmerich, Edgar
BM Englert, Thorsten

Schriftführerin

Starz, Franziska

Mitglieder der Verwaltung

Altenberger, Stefan
Amolsch, Nicole
Bergmann, Christian
Dietrich, Cornelia
Donn, Thorsten
Geiger, Julia
Gries, Karin
Gries, Karin
Koch, Gabriele
Konz, Klaus
Kübler, Isabelle
Landau, Bettina (Personalrat)
Oesterle, Hanna
Paesch, Carsten (Personalrat)
Scheel, Lars
Schnaberich-Lang, Sonja
Schuck, Herbert
Schuck, Herbert
Schwebel, Ulrike
Sofka, Daniel
Stritzelberger, Jörg
Weil, Marietta
Wenzelburger, Jörn
Werner, Tina

Ortsvorsteher

Ortsvorsteher Auwärter, Felix
Ortsvorsteher Beck, Klaus
Ortsvorsteher Bühler, Erich
Ortsvorsteher Doring, Siegbert
Ortsvorsteherin Keitel, Brigitte
Ortsvorsteher Rösch, Thomas

Teilnehmer der Stadtwerke

Skaletz, Bodo
Wojtzek, Miriam
Bay, Jörg

Abwesend: (entschuldigt)
Stadträtin Berger, Sabine
Stadträtin Schilling, Julia
Ortsvorsteherin Sachse, Sandra

Tagesordnung

Drucksache

Öffentlicher Teil

- | | | | |
|----|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------|----------|
| 1. | Haushaltsstrukturkommission 2020;
Grundlagen und Überblick über die aktuelle finanzielle Situation der Stadt Schorndorf und die Vorschläge zur Verbesserung der Haushaltsstruktur | Kenntnisnahme | 2020/100 |
| 2. | Haushaltsstrukturkommission 2020;
künftige Dezernatsstruktur der Stadtverwaltung Schorndorf - Änderung der Hauptsatzung zum 01.08.2021 | Entscheidung | 2020/101 |
| 3. | Haushaltsstrukturkommission 2020;
Gründung eines Eigenbetriebs "Tourismus und Citymanagement Schorndorf"
- Verabschiedung einer Betriebssatzung
- Bestellung der Werkleitung
- Änderung der Hauptsatzung | Vorberatung | 2020/102 |
| 4. | Haushaltsstrukturkommission 2020;
Stadtwerke Schorndorf Bäderbetriebe -
Änderung der Eintrittspreise und Öffnungszeiten im Oskar Frech SeeBad | Entscheidung | 2020/103 |
| 5. | Haushaltsstrukturkommission 2020;
Änderung von Steuern und Gebührensatzungen (Gewerbesteuer, Grundsteuer, Hundesteuer, Vergnügungssteuer, Wettbürosteuer, Verwaltungsgebühren) | Entscheidung | 2020/104 |
| 6. | Haushaltsstrukturkommission 2020;
Anpassung der Kulturzuschüsse zum 01.01.2021 | Entscheidung | 2020/105 |
| 7. | Haushaltsstrukturkommission 2020;
Anpassungen im Bereich Kinderbetreuungseinrichtungen zur Verbesserung des Ergebnishaushalts | Entscheidung | 2020/106 |
| 8. | Haushaltsstrukturkommission 2020;
Gesamtmaßnahmenpaket zur Verbesserung des Ergebnishaushalts | Entscheidung | 2020/108 |

StR S c h o p f erklärt, die SPD-Fraktion könne mit der Lösung als befristete Maßnahme mitgehen. Weiter äußert er den Wunsch, die Fachbereichsleitungen zu stärken und ihnen mehr Verantwortung und Entscheidungskompetenzen zu übertragen.

StR N i c k e l betont, die FDP/FW-Fraktion stehe hinter dem Modell. Das sei bis zur OB-Wahl die richtige Lösung. Daher werde die Fraktion geschlossen zustimmen.

StR K o s t befürwortet das 2-Säulen-Modell ebenfalls als richtige Lösung. Die GRÜNEN-Fraktion werde zustimmen.

StR N e h e r sagt abschließend, er könne sich seinen beiden Vorrednern anschließen.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, bittet OB K l o p f e r das Gremium um Abstimmung.

Der Gemeinderat b e s c h l i e ß t mehrheitlich:

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	33
Zahl der anwesenden Stimmberechtigten:	31
Ja-Stimmen:	28
Nein-Stimmen:	3
Stimmenthaltungen:	0
Befangen:	0

1. Beschluss der nachfolgenden Satzung zur Änderung der Hauptsatzung, die am 1. August 2021 in Kraft treten soll:

Satzung zur Änderung der Hauptsatzung (zum 01.08.2021)

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24. Juli 2000 (GBl. S. 582, ber. S. 698), zuletzt geändert durch Gesetz vom 07.05.2020 (GBl. S. 259), hat der Gemeinderat der Stadt Schorndorf am 21. Juli 2020 folgende Satzung zur Änderung der Hauptsatzung in der Fassung vom 25. Oktober 2001, zuletzt geändert am 03.05.2018, beschlossen:

§ 1
Änderungen

§ 12 – Beigeordnete, weitere Stellvertreter des Oberbürgermeisters

§ 12 erhält nachfolgende Fassung:

- „(1) Als Stellvertreter des Oberbürgermeisters wird ein hauptamtlicher Erster Beigeordneter bestellt.
- (2) Die Abgrenzung des Geschäftskreises des Ersten Beigeordneten erfolgt durch den Oberbürgermeister im Einvernehmen mit dem Gemeinderat.
- (3) Weitere, ehrenamtliche Stellvertreter des Oberbürgermeisters werden aus der Mitte des Gemeinderates bestellt.“

§ 2
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.08.2021 in Kraft.

Weiter b e s c h l i e ß t der Gemeinderat mehrheitlich:

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	33
Zahl der anwesenden Stimmberechtigten:	31
Ja-Stimmen:	27
Nein-Stimmen:	4
Stimmenthaltungen:	0
Befangen:	0

- 2. Zustimmung zur Abgrenzung der Geschäftskreise des Oberbürgermeisters und des Ersten Beigeordneten ab dem 1. August 2021, entsprechend dem der Drucksache 2020/101 als Anlage 2 angefügten Organigramm.
- 3. Zustimmung zum unter III.) Nr. 2 der Drucksache 2020/101 vorgeschlagenen Zeitplan zur Wahl eines Ersten Beigeordneten zum 1. August 2021.

Herr S c h e e l erläutert, neben der klassischen Leitungsfunktion werde er auch Querschnittsaufgaben wahrnehmen. Es sei unglaublich spannend, zwischen der Stadtverwaltung und den Händlern zu agieren und zu vermitteln. In Schorndorf fehle derzeit noch das „Produkt Innenstadt“ obwohl dafür viel Potenzial vorhanden sei. Er werde viel in die Plattform- und Netzwerkarbeit investieren und sei ein „Sprachrohr nach innen“. Er übernehme sozusagen die Aufgabe eines klassischen City-Managers und wolle, dass alle gemeinsam an einem Strang ziehen.

Frau S c h w e b e l stellt daraufhin das zukünftig geplante Organigramm des Eigenbetriebs vor und gibt einen Ausblick in die Zukunft. Die bisherigen Veranstaltungen sollten weiterentwickelt werden. Der Eigenbetrieb wolle auch ein guter Partner für die SchoWo-Veranstalter sein. Die Stadt brauche aus ihrer Sicht das Gartenschau-Feeling wieder. Auf dem Wochenmarkt werde es jahreszeitlich abgestimmte Angebote und Veranstaltungen geben. Des Weiteren arbeite der Eigenbetrieb an corona-konformen Veranstaltungskonzepten.

Herr S c h e e l sagt zum Abschluss, ihm sei es wichtig, dass die Öffentlichkeit gar nicht richtig merke, dass ein Eigenbetrieb gegründet wurde, er wolle dahingehend wichtige Akzente setzen. Wichtig sei die gestaltende Zusammenarbeit mit Schorndorf Centro e.V., dem BDS Schorndorf e.V. und den übrigen Innenstadtakteuren.

OB K l o p f e r bedankt sich abschließend auch bei Frau Geiger, die in den letzten Monaten viel Herzblut in die Planung des Eigenbetriebs gesteckt habe. Zudem bedankt er sich bei allen weiteren beteiligten Fachbereichsleitungen sowie StR Nickel und Herrn Fink vom Verein Schorndorf Centro.

Der Gemeinderat vertagt die Abstimmung über die Beschlussanträge der Verwaltung zur Drucksache 2020/102. Er wird diese in der Sitzung des Verwaltungs- und Sozialausschusses am 17. September 2020 vorberaten und anschließend in der Gemeinderatssitzung am 1. Oktober 2020 darüber abstimmen.

StRin O l b r i c h bedankt sich im Namen der SPD herzlich bei Herrn Bay. Natürlich gehe auch diese überall mit. Selbst wenn ein Aufschrei seitens der Bürger käme, rechtfertige die Atmosphäre im Bad die Preiserhöhung immer noch. Außerdem sei die Sicherheit beim Schwimmen sehr wichtig. Diese sei nur in einem Bad durch die Bademeister gewährleistet, anders als an den vielen Badeseen ohne Aufsicht.

StRin S i e b e r bedankt sich ebenfalls bei Herrn Bay und sagt, die Überlegungen seien mithilfe der Präsentation wunderbar dargestellt. Er brauche hier nicht den Begriff der „kleinen Sauereien“ verwenden, denn die Preisanpassungen seien absolut gerechtfertigt. Zuletzt merkt sie an, dass das Ziegelei SeeBad und das Oskar Frech SeeBad wunderbar organisiert sei und die Abläufe gut geregelt seien. Hoffentlich könnten dort bald wieder Kurse stattfinden.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, bittet OB K l o p f e r um Abstimmung.

Der Gemeinderat b e s c h l i e ß t einstimmig:

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	33
Zahl der anwesenden Stimmberechtigten:	31
Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0
Befangen:	0

1. Der Gemeinderat der Stadt Schorndorf stimmt der Anpassung der Eintrittspreise für die Sauna im Oskar Frech SeeBad gemäß Anlage 1 der Drucksache 2020/103 zu und beauftragt die Werkleitung mit der Umsetzung der Preisanpassungen zum 01.01.2021 und 01.01.2022.
2. Der Gemeinderat der Stadt Schorndorf stimmt der Abschaffung der Jahreskarte im Saunabereich zum 31.12.2020 zu und beauftragt die Werkleitung mit der Umsetzung.
3. Der Gemeinderat der Stadt Schorndorf stimmt der Anpassung der Eintrittspreise für das Erlebnisbad im Oskar Frech SeeBad gemäß Anlage 2 der Drucksache 2020/103 zu und beauftragt die Werkleitung mit der Umsetzung der Preisanpassungen zum 01.01.2021 und 01.01.2022.
4. Der Gemeinderat der Stadt Schorndorf stimmt der Abschaffung der Rabattaktion „Weihnachtsvorverkauf für das Oskar Frech SeeBad“ zu.

Wenn ein Gewerbe gute Umsätze mache und gut Geld verdiene, werde dieses auch gut Gewerbesteuer zahlen. Zudem bittet er darum, die Gewerbesteuer in zwei Jahren erneut auf den Prüfstand zu stellen.

StR Neher sagt, die Gewerbesteuererhöhung sei gut, da nur die Unternehmen Gewerbesteuer zahlten, denen es auch gut gehe. Die Unternehmen, die in der Krise steckten und Corona-Hilfen beantragt hätten, zahlten keine Gewerbesteuer. Es treffe die, die es auch bezahlen könnten.

StR H a i s e bittet ebenfalls darum, über die jeweiligen Steuerarten einzeln abzustimmen. Die Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuer sei das falsche Signal und die falsche Antwort an die Bürger. Mit der Erhöhung der Hundsteuer und Änderung der Vergnügungssteuer gehe die AfD-Fraktion mit.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, bittet OB K l o p f e r um Abstimmung.

Der Gemeinderat b e s c h l i e ß t zunächst mehrheitlich:

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	33
Zahl der anwesenden Stimmberechtigten:	31
Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	9
Stimmenthaltungen:	3
Befangen:	0

1. Teil 1 - Verweis auf die Haushaltssatzung: Mit dem Beschluss der Haushaltssatzung für das Jahr 2021 werden die Hebesätze für die Gewerbesteuer mit 405 Punkten festgesetzt.

Der Gemeinderat b e s c h l i e ß t daraufhin mehrheitlich:

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	33
Zahl der anwesenden Stimmberechtigten:	31
Ja-Stimmen:	24
Nein-Stimmen:	6
Stimmenthaltungen:	1
Befangen:	0

1. Teil 2 - Verweis auf die Haushaltssatzung: Mit dem Beschluss der Haushaltssatzung für das Jahr 2021 werden die Hebesätze für die Grundsteuer B mit 465 Punkten festgesetzt.

Der Gemeinderat b e s c h l i e ß t mehrheitlich:

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	33
Zahl der anwesenden Stimmberechtigten:	31
Ja-Stimmen:	26
Nein-Stimmen:	3
Stimmenthaltungen:	2
Befangen:	0

2. Erlass der in Anlage 1 der Drucksache 2020/104 aufgeführten Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung.

Der Gemeinderat b e s c h l i e ß t einstimmig:

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	33
Zahl der anwesenden Stimmberechtigten:	31
Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0
Befangen:	0

3. Erlass der in Anlage 2 der Drucksache 2020/104 aufgeführten Neufassung der Vergnügungssteuersatzung.

Der Gemeinderat b e s c h l i e ß t einstimmig:

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	33
Zahl der anwesenden Stimmberechtigten:	31
Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0
Befangen:	0

4. Erlass der in Anlage 3 der Drucksache 2020/104 aufgeführten Satzung über die Besteuerung von Wettbüros.

Der Gemeinderat b e s c h l i e ß t einstimmig:

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	33
Zahl der anwesenden Stimmberechtigten:	31
Ja-Stimmen:	30
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	1
Befangen:	0

5. Erlass der in Anlage 4 der Drucksache 2020/104 aufgeführten Satzung zur Änderung der Verwaltungsgebührensatzung.

OB Klopfer ruft die Drucksache 2020/105 auf.

Frau Schnaberich – Lang, Fachbereich Kommunales, stellt den Änderungsantrag der AfD vor und erläutert, die SPD und GRÜNEN-Fraktion müsste hinsichtlich der Q-Galerie und des Kulturforums bei der Abstimmung mit „Nein“ stimmen, dies käme ihren Anträgen gleich.

Frau Geiger, Fachbereich Kommunales, erklärt, sie wolle die vorgeschlagene Anpassung der Kulturzuschüsse nochmals vorstellen. Die Zuschussverhandlungen stünden in der Regel alle drei Jahre an. Derzeit seien die Kulturzuschüsse durch den letzten Gemeinderatsbeschluss vom 26.09.2019 festgelegt. Daraufhin stellt sie die Gesamtausgaben der Kulturzuschüsse anhand einer Präsentation dar. Im Jahr 2020 beliefen sich die Zuschüsse für das Kulturforum auf 392.900 Euro. Anhand der Entwicklung der Kulturzuschüsse für das Kulturforum, die Manufaktur und das Figurentheater Phoenix seit 2006 zeigt Frau Geiger, wo man herkomme und wie sich die Zuschüsse gestalteten. Trotz der vorgeschlagenen Kürzungen aufgrund der Haushaltsstrukturkommission werde weiterhin ein gutes Niveau erhalten. Die Kürzung bei der Manufaktur solle 5 % betragen, während das Figurentheater Phoenix unberührt bleibe. Man könne schön erkennen, wie sich die Zuschüsse in den letzten Jahren entwickelt hätten. Die Stadt habe viel Geld zur Unterstützung der Kulturtreibenden in die Hand genommen. Die Manufaktur erhalte zusätzlich zum städtischen Zuschuss auch Landesfördermittel. Sie wolle durch die heutige Präsentation einen Überblick darüber geben, wie die Kulturarbeit in Schorndorf in den letzten Jahren unterstützt worden sei. Die aktuelle Situation zwingt die Stadtverwaltung Kürzungen zu beschließen. Daraufhin stellt Frau Geiger die Anträge der Verwaltung vor und betont, die Verwaltung sehe diese als verhältnismäßig an. Hinsichtlich des Antrags der GRÜNEN-Fraktion, keine Kulturzuschusskürzungen umzusetzen, meint Frau Geiger, dass dafür schlichtweg Geld fehle. Man müsse sich fragen, was man sich leisten könne und wolle. Den Antrag der SPD empfehle sie ablehnen, da die Kürzungen gerechtfertigt seien. Der Vorschlag der Verwaltung sei angemessen.

OB Klopfer merkt an, die Übersicht über die Kulturzuschussentwicklung in den letzten Jahren sei toll ausgearbeitet. Die Stadt Schorndorf könne stolz sein, auf das was sie in den letzten 15 Jahren für die Kultur geschaffen und geleistet habe.

StR B u ß l e r erläutert, dass die AfD-Fraktion einen eigenen Antrag formuliert habe, welcher eine Kürzung von 10 Prozent anstelle der von der Verwaltung vorgeschlagenen 5 Prozent bei der Manufaktur beinhalte. Für das Kulturforum habe die Stadtverwaltung eine Kürzung von 10 Prozent vorgesehen, daher sei dieser Prozentsatz auch für die Manufaktur angemessen. Seit dem Jahr 2006 hätten sich die Kulturzuschüsse fast verdoppelt. Daher seien die jetzigen Kürzungen alles andere als ein Kahlschlag und den Kulturtreibenden auch zumutbar. Im Übrigen wolle die AfD-Fraktion den Vorschlägen der Verwaltung folgen.

StR B e u t e l bedankt sich bei Frau Geiger, welche eindrucksvoll gezeigt habe, dass es sich bei den Kulturzuschusskürzungen keineswegs um einen Kahlschlag handle. Es sei wichtig, keine „Rasenmäher-Methodik“ anzuwenden. Ein Beispiel sei die Manufaktur, welche Zuschüsse der Stadt und vom Land erhalte. Andere Kulturtreibende, die nicht von der Stadt gefördert werden, müssten die Situation aufgrund Corona auch durchstehen. Beim Kulturforum sei die Situation dieselbe. Die Argumente für die Kürzung seien nachvollziehbar. Die Kulturtreibenden müssten in der Verwendung der Mittel Flexibilität zeigen, beispielsweise durch die Nutzung eines Co-Working-Space. Natürlich sei es schwer, die Zuschüsse für das Stadtmuseum zu kürzen und für andere Kulturtreibende weiterhin aufrecht zu erhalten. Daher wolle die CDU-Fraktion den Vorschlag der Verwaltung mittragen. An die SPD- und GRÜNEN-Fraktion gerichtet bemerkt er, dass das Gremium doch lange um die Kulturzuschüsse gerungen habe und nach den Klausurtagungen Einigkeit darüber herrschte. Er finde es schwer erträglich, dass sich durch die Änderungsanträge jetzt wieder interfraktionell in den Rücken gefallen werde, obwohl man sich einig gewesen sei. Sich jetzt anders zu verhalten als es vereinbart worden sei, halte er für falsch.

StR K o s t entgegnet, dass der Vorwurf der „Klientel-Politik“ nicht richtig sei. Daraufhin zitiert er Richard von Weizsäcker: „Denn Kultur ist kein Luxus, den wir uns leisten oder nach Belieben streichen können, sondern der geistige Boden, der unsere innere Überlebensfähigkeit sichert.“ Es gehe nicht um 59.500 Euro Kürzung, sondern darum, wie sich die Stimmung bezüglich der Kulturtreibenden entwickelt habe. Die ehrenamtlich Tätigen im Kulturbereich „hirnten“, wie man aus der Krise herauskomme. Mit großem Nachdruck wolle er sagen, dass man genau die unterstützen sollte, die gerade besonders litten. Die Stadt Waiblingen gebe allein für den Bereich der Bildenden Künste 900.000 Euro pro Jahr aus. Zudem werde im Sport-Bereich nichts gekürzt. Es treffe nur die Kulturtreibenden.

StRin R e i c h l e betont, von einem Kahlschlag habe niemand gesprochen. Die SPD-Fraktion habe Gespräche mit den Beteiligten beim Kulturforum und der Manufaktur geführt. Sie wolle den Vorwurf an StR Kost „zum Wohle ihrer Klientel“ vehement zurückweisen.

Das was gegen die Kürzungen spreche, sei bereits viel in den vergangenen Sitzungen und während der Klausurtagung diskutiert worden. Die Zahlen erzählten jedoch keine Geschichten. Sie finde das Drehbuch für diesen Tagesordnungspunkt nicht gerade glücklich. Es gebe etliche Dinge, bei denen man schauen müsse, wie diese sich entwickelten. Das Gremium sei nicht gut, im Bereich Kultur Kompromisse zu finden. Aus diesem Grund kämen jetzt so kurzfristig die Anträge aus den unterschiedlichen Fraktionen. Die SPD-Fraktion habe den Kompromiss gesucht. Die Fraktion könne den Kürzungen so wie sie vorgeschlagen seien ganz einfach nicht zustimmen.

StR N i c k e l sagt, man könne so nicht arbeiten, wenn 24 Stunden vor der Sitzung noch so viele Anträge der Fraktionen eingingen. Niemand habe Zeit dafür, diese noch ausführlich und konzentriert zu lesen. Man müsse versuchen, ganzheitliche Lösungen zu finden. Die Kultur gehöre zum Leben aller. Zuletzt bemerkt er, dass man für den ASV Schorndorf und weitere Sportvereine zusätzlich Geld ausgegeben habe, den Kulturtreibenden solle man aber die Zuschüsse kürzen. Er sei völlig frustriert über die zwei Anträge der SPD- und GRÜNEN-Fraktion und fordere daher eine Sitzungsunterbrechung, um sich erneut innerhalb der Fraktionen und unter den Fraktionsvorsitzenden zu beraten und zu verständigen.

StR N e h e r merkt an, er wolle sich StR Nickel anschließen. Zukünftig müssten Veranstaltungen wieder stattfinden können, wenn auch mit weniger Besuchern. Zu viele Kürzungen würden allen Beteiligten schaden. Er finde die Sitzungsunterbrechung ebenfalls gut, um sich erneut zu beraten.

StRin S i e b e r erläutert, sie wolle noch einen ganz anderen Aspekt beleuchten. Die letzten Haushaltsverhandlungen bezüglich der Kulturzuschüsse seien einstimmig vom Gemeinderat beschlossen worden. Das sei für die Kulturtreibenden ein wichtiges Signal gewesen, da diese auch mit den Mitteln planen konnten. Diese hätten trotz der Krise vollständig ihre Miete bezahlt und Kurzarbeit angemeldet. Von deren Veranstaltungen profitiere die gesamte Stadtgesellschaft. Sie finde daher, dass der Vorschlag der Verwaltung alles aus dem Gleichgewicht bringe. Darin seien beispielweise die Auswirkungen und Nachwirkungen für Ehrenamtliche nicht berücksichtigt. Daher finde sie die Anträge der SPD- und GRÜNEN-Fraktion gut, auch wenn diese spät eingebracht worden seien. Sie befürworte daher die gewünschte Sitzungsunterbrechung. Wenn der Gemeinderat und die Stadtverwaltung es nicht schafften Kompromisse zu finden, habe das Nachteile für alle.

OB K l o p f e r bemerkt, dass sei ganz natürlich und selbstverständlich, dass sich die Verwaltung die wöchentlichen Besucherzahlen in der Q-Galerie, genauso wie im Stadtmuseum, der Forscherfabrik und im Gottlieb-Daimler-Geburtshaus geben lassen und anschau.

Zudem wolle er die Anschuldigungen und den Vorwurf von StR Kost, im Sportbereich würde nicht gekürzt, vehement zurückweisen. Seit dem Jahr 2006 sei der Zuschuss für den ASV Schorndorf nicht erhöht worden. Im Gegenzug hätten sich die Kulturzuschüsse stetig erhöht.

Daraufhin unterbricht OB Klopferr wunschgemäß die Sitzung für 10 Minuten.
Diese wird um 19:22 Uhr fortgesetzt.

OB Klopferr stellt, nachdem die Fraktionen sich zu den Kulturzuschusskürzungen erneut beraten haben, den neu erarbeiteten Kompromissvorschlag vor. Demnach sollen die Punkte 1., 3. und 4. des Antrags der Verwaltung gemäß der Drucksache 2020/105 erhalten bleiben. Hinsichtlich Punkt 2. soll sich die Kürzung anstelle der von der Verwaltung vorgeschlagenen Kürzung auf 18.000 Euro nur auf 23.000 Euro belaufen.

StR Laslo betont daraufhin, dass die AfD-Fraktion weiterhin an ihrem Antrag festhalte.

Daraufhin bittet OB Klopferr das Gremium um Abstimmung.

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich:

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	33
Zahl der anwesenden Stimmberechtigten:	31
Ja-Stimmen:	25
Nein-Stimmen:	4
Stimmenthaltungen:	2
Befangen:	0

1. Der städtische Zuschuss an das Kulturforum Schorndorf e.V. wird für die Jahre 2021 und 2022 von 334.900 Euro um 10% auf 301.410 Euro gekürzt.

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich:

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	33
Zahl der anwesenden Stimmberechtigten:	31
Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	8
Stimmenthaltungen:	5
Befangen:	0

2. Der städtische Zuschuss für den Betrieb der Q-Galerie wird abweichend vom Beschlussantrag der Verwaltung ab dem Jahr 2021 von 28.000 Euro pro Jahr auf 23.000 Euro pro Jahr gekürzt.

Demnach werde eine Vor-Ort-Versorgung im U3-Bereich sowie eine Vor-Ort-Ganztagesbetreuung im U3/Ü3-Bereich ab 01.09.2020 nicht mehr Grundlage für eine bedarfsgerechte Versorgung mit Kita-Plätzen in allen Sozialräumen der Stadt angesehen. Die Stadt werde die Kinderbetreuung zentralisieren müssen. Die Begründung dafür ergebe sich aus den Kosten für den pädagogischen Betrieb von über 2,5 Mio Euro pro Jahr, in welchen noch nicht einmal die Betriebskosten mit einkalkuliert seien. Auf Basis der Bevölkerungszahlen seien bis zu zwölf weitere U3-Gruppen und mindestens 3 weitere GT-Gruppen notwendig. Dies könne schlichtweg nicht geleistet werden. Man müsse schauen, wo Möglichkeiten bestünden, Kosten einzusparen. Bei U3-Gruppen seien Personalkosten in Höhe von rund 170.000 Euro zuzüglich der weiteren Sachkosten notwendig. In der Summe seien das knapp 200.000 Euro pro Jahr. Zudem bedürften Ganztagesgruppen weiterer Räumlichkeiten für die Küche und Schlafmöglichkeiten. Daraufhin erläutert EBM Hemmerich die Beschlussempfehlung der Verwaltung und bittet das Gremium, der Stadtverwaltung den Auftrag zur Überprüfung der Zusammenlegung von ein- und zweigruppigen Einrichtungen zu erteilen. Zudem würde die Verwaltung gerne beauftragt werden, die zeitliche Auslastung der Betreuungszeiten aller Einrichtungen im Kita-Jahr 2020/2021 zu prüfen. Einzelproben der Stadt hätten gezeigt, dass der gesamte Betreuungsumfang nur von einem Teil der Eltern genutzt werde. Eine Überprüfung solle zeigen, wo die Öffnungszeiten einzelner Gruppen angepasst werden könnten.

StR S c h o p f bemerkt, es sei schön, dass die Stadt steigende Kinderzahlen aufweisen könne. Diese brachten jedoch erhebliche Herausforderungen für die Kinderbetreuung mit sich. Die SPD-Fraktion werde dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen. Die gute Qualität in der Kinderbetreuung solle dringend erhalten bleiben. Zu Nummer 2) des Antrags der Verwaltung merkt er an, dass die Stadt das bisher immer schon so gemacht habe und kleine Gruppen geschlossen und durch größere Gruppen ersetzt habe. Zu Nummer 3) des Antrags der Verwaltung sagt er, dass es die ureigene Aufgabe der Stadtverwaltung sei, die Zeiten regelmäßig zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Eine Überprüfung der Betreuungszeiten könne jedoch auch zu einem Mehrbedarf und einer Ausdehnung der Betreuungszeiten führen. Dadurch ergäben sich dann wieder höhere Personalkosten.

StR L e i t e r betont, es sei die absolute Pflichtaufgabe der Stadt, die Kinderbetreuung sicherzustellen. Die CDU-Fraktion werde dem Antrag der Verwaltung zustimmen. Sie habe den Sachverhalt in der Drucksache überzeugend dargestellt. Allerdings wolle er am Grundsatz „kurze Beine, kurze Wege“ festhalten. Es gehe nicht darum, kleine Einrichtungen zu schließen, sondern vielmehr diese eventuell organisatorisch zusammen zu legen.

StRin **B r e n n e n s t u h l** fragt, wie es um die Verhandlungen bezüglich der Zukunft der Verwaltungsstellen stehe.

OB **K l o p f e r** erläutert, das sei ein Prüfauftrag an die Verwaltung, sich mit der Zukunft der Verwaltungsstellen auseinander zu setzen. Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, bittet OB Klopfer das Gremium um Abstimmung.

Der Gemeinderat **b e s c h l i e ß t** einstimmig:

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	33
Zahl der anwesenden Stimmberechtigten:	31
Ja-Stimmen:	30
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	1
Befangen:	0

Zustimmung zu den 130 weiteren Punkten des Maßnahmenkatalogs
gem. Anlage 1 der Drucksache 2020/108.

OB **K l o p f e r** beendet daraufhin die öffentliche Sitzung des Gemeinderats um 19:40 Uhr und wünscht allen Gästen einen guten Nachhauseweg. Im Anschluss schließt sich eine nichtöffentliche Verhandlung des Gemeinderats an.